

versucht, mit der Schaffung einer „Demokratischen Initiative“ auf dieses Problem der Schaffung eines politischen Bezugspunktes der Bewegungen eine Antwort zu formulieren. Es handelt sich dabei nicht um ein formelles Parteien- oder Gruppenbündnis, sondern vielmehr um eine Personeninitiative, in der trotz Abgrenzungsgeboten Einzelmitglieder von Jungdemokraten über SPDler bis hin zu Mitgliedern der GIM zusammenarbeiten – aber auch „Unorganisierte“ aus dem einen oder anderen Bereich von Initiativen, die über die unmittelbare Bereichsarbeit hinaus einen politischen Orientierungspunkt suchen. (Hier mag noch einmal deutlich werden, daß unsere lokale SB-Gruppe notwendiger Ausgangspunkt zur Klärung der eigenen politischen Absichten, nicht jedoch eine Gruppe ist, die mit ihren Interventionen allein oder in erster Linie sich selbst nach außen profilieren und erweitern will.) In der Demokratischen Initiative wird nun versucht, Initiativen anzuregen und Aktionen aufzugreifen und verstärken, in denen die gemeinsamen demokratischen politischen Überzeugungen und Ziele der progressiven und linken (parteilichen) Kräfte und der Kräfte der Bewegung besonders deutlich zum Ausdruck kommen können.

Ein Beispiel:

In größeren Abständen organisiert die Demokratische Initiative ein „erweitertes Plenum“, zu dem gezielt Leute und Gruppen aus den politischen Bereichen und den Initiativen und Bewegungen eingeladen werden, zu denen ein positiver Kontakt existiert. Diskussthemata (anhand vorbereiteter Thesenpapiere) sind aktuelle Fragen von gemeinsamem Interesse: die Chancen und Perspektiven der lokalen Öffentlichkeitsarbeit; die Chancen und Gefahren in der weiteren Entwicklung der Umweltbewegung; Folgen und Betroffenheit durch die laufenden Parteiausschlüsse in der Sozialdemokratischen Partei . . .

Kommen wir zum Schluß: so schwach all diese heutigen lokalen Ansätze, die wir mit initiiert haben, auch noch sein mögen: wir sind davon überzeugt, daß ein solcher politischer Ansatz, dessen Umriss wir hier skizziert haben, geeignet ist, auf längere Sicht eine heute politisch fast noch sprachlose soziale Oppositionsbewegung und eine sozial weitgehend isolierte politische Linke voranzubringen: sie zu einem Faktor werden zu lassen, der kommunal und darüberhinaus auch einmal national nicht länger einfach zu diskriminieren und zu übergehen sein wird. Lokal ist es unser Ziel, aus den skizzierten Ansätzen auf mittlere Sicht einen kommunalpolitischen Block aufzubauen, der zur Politik der herrschenden Parteien eine zustimmungsfähige – und auch wählbare – politische Alternative darstellt.

Arnold Voss

Jusos und Stadtteilarbeit

Thesen zur Strategie-Entwicklung

Der Hauptteil des folgenden Beitrags wurde dem Jungsozialisten-Informationendienst Nr. 6 / März 1977 entnommen. Für die Veröffentlichung in ARCH+ hat der Verfasser eine Vorbemerkung geschrieben. Der Beitrag steht im Zusammenhang eines Wiederauflebens der allgemeinen Diskussion innerhalb der Jungsozialisten-Organisation über kommunale Politik und Arbeit in Bürgerinitiativen.

Vorbemerkung:

Wurde bislang die kommunale Ebene als die eigentliche räumliche Basisebene der Doppelstrategie betrachtet, so geht es bei der Stadtteilarbeit darum, eine neue subkommunale Untergliederung aufzubauen, deren Aktionsbereich oberhalb der Ortsvereine und unterhalb der Unterbezirksebene liegt. Diese Einführung einer neuen subkommunalen Politikebene ist als Gegenstrategie zur allgemeinen räumlichen Zentralisierungsbewegung, wie sie sich in den letzten Jahren konkret in der kommunalen Neugliederung umgesetzt hat, zu entwickeln. Die basisdemokratischen Absichten der Jusopolitik, die gerade mit der kommunalen Ebene engstens verbunden sind, wurden durch diese Zentralisierungstendenzen vor allem in den Ballungsgebieten, aber auch in den zentralen Orten des ländlichen Raums, unterlaufen.

Weder die zunehmend in das parlamentarisch-kapitalistische System integrierte Parteiorganisation noch die auf sie bezogenen punktuellen doppelstrategischen Aktionen können dieser Entwicklung, die im übrigen auch von Teilen der auf Bundesebene regierenden Parteispitze mitgetragen wird, ein dauerhaft in der Bevölkerung verankertes antikapitalistisches Gegengewicht entgegenstellen.

An dieser Stelle setzt Stadtteilarbeit, oder besser, die Zielvorstellung der Stadtteilarbeit ein. Als basisdemokratischer Ausgangspunkt für alternative antikapitalistische Politik, Gegenorganisation und Gegenverwaltung soll sie eine dauerhafte und die Gesamtheit der alltäglichen Lebenssituation übergreifende Mobilisierungsfähigkeit entwickeln. Dementsprechend hat Stadtteilarbeit die folgenden Hauptaufgaben:

1. Politische Demokratie muß zur *alltäglichen Lebensform*, zur politischen Kultur werden.
2. Über einzelne Aktionen und Initiativen hinaus muß bewußt versucht werden, den von der kapitalistischen Arbeits-

organisation zerstörten räumlichen Reproduktionszusammenhang der lohnabhängigen Bevölkerung wieder herzustellen.

3. Ein neues aktiv-steuernendes Verhältnis der lohnabhängigen Bevölkerung zu ihrer unmittelbaren *räumlichen* Lebens- und Arbeitsorganisation und ihrer Planung soll entwickelt werden.

Erst eine solche „basisdemokratische“ Reorganisation des kollektiven Reproduktionszusammenhangs und die damit verbundene Entwicklung politischer Alltagskultur lassen neue antikapitalistische Verhaltensmuster entstehen, die auch unter krisenhaften Bedingungen nur schwer zu reintegrieren sind. Eine mit diesen Zielen versehene Stadtteilarbeit ist das notwendige Pendant zur Basisbewegung in den Betrieben.

Kurzfristig hat Stadtteilarbeit einerseits mit dem Spontaneismus und der Verinselung der Initiativen im kommunalen Reproduktionsbereich und andererseits mit den degenerierten und aktionsfeindlichen Organisationsstrukturen der SPD-Ortsvereine zu tun. In dieser Situation muß sie sich als integrierendes und gleichzeitig avantgardistisches Moment verstehen, das immer wieder die oben genannten übergreifenden Organisationsmomente herausstellt und alternative Lebens- und Verwaltungsformen in allerersten Ansätzen subjektiv vorzuleben versucht; dies ist ein langwieriger und schwieriger Prozeß, der sich nur im Zusammenhang mit gesellschaftlich umfassenderen politischen und ökonomischen Veränderungen entwickeln kann. Auf der anderen Seite macht aber gerade die krisenhafte Zuspitzung der notwendig auf zentraler Ebene zu organisierenden Auseinandersetzungen und die damit einhergehende verstärkte Repression und Unterdrückung eine basisdemokratische und kollektiv-solidarische Verankerung der antikapitalistischen Bewegung im Alltag der Genossen und Sympathisanten zur vordringlichen Aufgabe. Für den Bereich außerhalb der Produktion liegt hier die „kurzfristige“ Zielsetzung der Stadtteilarbeit.

1. Die Eigenständigkeit der Stadtteilarbeit gegenüber anderen politischen Arbeitsbereichen wird in der allgemeinen Diskussion wie folgt bestimmt:

- a) Ansatzpunkt ist die prinzipielle Benachteiligung der Lohnabhängigen im Bereich der individuellen und kollektiven Reproduktion (Wohnung, Gesundheit, Freizeit, Versorgung mit kurz- mittel- und langfristigen Gütern und

Dienstleistungen, usw.)

- b) Sie wählt das Territorialprinzip als Organisationsbereich, wobei der Stadtteil „die kleinste territoriale Organisationseinheit als Ansatzpunkt“ gilt. Organisationsprinzip ist also das Wohnprinzip.

Vereinfacht gilt für die zwei klassischen politischen Arbeitsbereiche, dem Stadtteil und dem Betrieb oder besser der Stadtteilarbeit und der Betriebsarbeit, folgende Gegenüberstellung:

Betriebsarbeit – Ausbeutung im Produktionsbereich, sektorale Organisation, Arbeit in der Gewerkschaft

Stadtteilarbeit – Kampf gegen die Benachteiligung im Reproduktionsbereich, Territorialprinzip, Doppelstrategie der Kommunalpolitik.

2. In Wirklichkeit jedoch beeinflussen und durchdringen sich beide Arbeitsfelder gegenseitig, wobei der Produktionsbereich für den Reproduktionsbereich nicht völlig, jedoch letztendlich bestimmend ist. Dies gilt vor allem für:

- a) die Bestimmung der Lebenschancen außerhalb des Arbeitsprozesses der Lohnabhängigen durch ihre Stellung innerhalb des Produktionsprozesses
- b) die Bestimmung der räumlichen Organisation des Lebens außerhalb der Arbeit durch die profitorientierte Standortpolitik der Produktionsbetriebe
- c) die Bestimmung des Ausmaßes und der Art und Weise der über den Staat verteilten kollektiven Reproduktionsgüter durch die Steuern, die aus dem privaten Produktionsbereich stammen.

Diese Abhängigkeiten und Verbindungen zwischen Produktion und Reproduktion werden auf lokaler Ebene am deutlichsten, wenn ganze Stadtteile, ja ganze Städte, von der Gewinnlage einzelner riesiger Produktionsbetriebe am Orte abhängig sind, und der größte Teil der dort Beschäftigten auch in der Nähe oder im weiteren Umfeld dieser Betriebe wohnt.

3. Stadtteilarbeit und Betriebsarbeit verbinden sich vor allem

- a) über die Erfahrung der Menschen, die in der Mehrzahl sowohl als Produzenten als auch als „Reproduzenten“ (Mieter, Patienten, Konsumenten usw.) tätig sind und
- b) über die räumliche Dimension, die sowohl Produktions- als auch Reproduktionsprozesse an bestimmte Standorte bindet, d.h. der Stadtteil ohne Produktionsbetriebe als reiner Wohnbereich zufällig oder klassenbedingt ist, nicht aber der Normalfall.

4. Trotzdem kann die Stadtteilarbeit als eigenständiger politischer Bereich gegenüber anderen (insbesondere der Betriebsarbeit) gewertet und gehandhabt werden. Und zwar aus folgenden Gründen:

- a) die objektive und materielle Trennung von Wohnstandort und Arbeitsstandort, von Arbeit und Freizeit, von Schu-

le und Betrieb, von Kräfteverschleiß im Arbeitsprozeß und Gesundheitsversorgung usw. spiegelt sich selbst im Bewußtsein der Lohnabhängigen wider, die im selben Stadtteil wohnen, in dem sie auch arbeiten.

- b) Sowohl der individuelle als auch der kollektive Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen zur Reproduktion der Arbeitskraft bildet gerade im Bereich der kollektiven „Daseinsvorsorge“ eine zusätzliche objektive Trennung von Produktion und Reproduktion.
- c) Je mehr sich der Reproduktionsbereich verselbständigt, desto stärker wird er zum zusätzlichen „Ausbeutungsfeld“ neben der direkten Ausbeutung in der Produktion.

5. Was ist eigentlich ein Stadtteil?

Stadtteil darf nicht als eine absolute Größenabstimmung von Einwohnerzahl oder räumlicher Ausdehnung des menschlichen Lebensraums gewertet werden, sondern muß in seiner politischen Funktion als Mobilisierungs- und Organisierungsfeld für die Interessen der Bevölkerung als kleinste und unterste mobilisierbare und organisierbare Einheit gesehen werden, die direkte Demokratie und Selbstorganisation je nach dem speziellen Stand des Bewußtseins und der jeweiligen materiellen Lebensbedingung erlaubt. Dieses Ziel der Selbstorganisation muß sich im endgültigen Ziel sowohl auf den Produktions- als auch auf den Reproduktionsbereich beziehen. Es gilt als uraltes Organisationsprinzip der „Commune“, daß die unterste organisatorische Einheit all das selbst bestimmt und organisiert, was in ihrem Bereich, sprich in ihrem Territorium, seinen Wirkungsbereich hat.

Hierbei wird die Trennung zwischen Territorialprinzip und Sektorprinzip letztlich aufgehoben, d.h. sowohl die Entscheidung über Größe und Ausstattung der einzelnen Sektoren sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich wird mit der Entscheidung über deren räumliche optimale Zuordnung verknüpft und vereinheitlicht. Dies kann jedoch nur als langfristiger Orientierungspunkt der Stadtteilarbeit gelten.

6. Stadtteilarbeit bestimmt sich im Endziel nicht nur durch die Zuordnung zum Reproduktionsbereich, sondern als unterste selbst zu organisierende Einheit des gesamten Produktions- und Reproduktionsprozesses. Sie läuft als Organisationsprinzip sozusagen quer zur Arbeit im Produktionsbereich und im Reproduktionsbereich (z.B. quer zur Betriebsarbeit und zur Bildungsarbeit und zur Arbeit im Bereich Wohnen und Mieten und zum Bereich Gesundheitsversorgung usw.). Zu organisieren ist ein neues Verhältnis der in einem bestimmten Raum lebenden Menschen zu all diesen Produktions- und Versorgungsbereichen, und zwar mit dem

politischen Ziel der Aufhebung der Ausbeutung und Benachteiligung und dem organisatorischen Ziel der Demokratisierung von unten.

7. Hierin liegt gleichzeitig die Begrenzung der Stadtteilarbeit auf nicht mehr und auf nicht weniger als auf den Stadtteil als unterste Organisationseinheit, die in hohem Maße durch die übergeordneten lokalen, regionalen und landeszentralen Entscheidungen in den jeweiligen Produktions- und Reproduktionssektoren und deren räumlicher Zuordnung zueinander bestimmt wird. Diese Bestimmung darf jedoch nicht dazu führen, die Stadtteilarbeit als letztlich Anhängsel oder Restgröße von Politik zu betrachten. Sie muß vielmehr als dialektisches Verhältnis zur regionalen Landes- oder Bundespolitik gesehen werden, denn jede Politik auf regionaler oder Landesebene hat die lokale, besser gesagt, die kleinste organisatorische Einheit und deren Funktionieren zur Voraussetzung. Als erste Ansatzpunkte müssen jedoch aufgrund der beschriebenen Trennung sowohl zwischen Produktions- und Reproduktionsbereich als auch zwischen den jeweiligen Sektoren der Reproduktion, die auf Stadtteilebene wirkenden und zu beeinflussen den Institutionen und Einrichtungen des Reproduktionsbereiches und ihre räumliche Kombination innerhalb des Stadtteils gewählt werden. Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Daseinsfürsorge sowie die Übervorteilung der lohnabhängigen Bevölkerung im Bereich des Wohnens und des Verkehrs und der privaten Dienstleistungs- und Güterversorgung sind erster Angriffspunkt.

8. Bezieht sich der ökonomische Kampf im Stadtteil auf die Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung in den einzelnen privaten und öffentlichen Reproduktionsbereichen, so richtet sich der politische Kampf auf die Demokratisierung der Verwaltung und Organisation dieser Einrichtungen und Institutionen des privaten und öffentlichen Reproduktionsbereiches (Mieterat, selbstverwaltete Jugendzentren, klassenloses Krankenhaus usw.) und eine verstärkte Mitbestimmung und weitestgehende Eingriffs- und Vetomöglichkeiten in allen Bereichen der kommunalen Planung.

Entscheidender Angriffspunkt ist hierbei das Bewußtsein und die Verhaltensweisen der Bevölkerung selbst. Über sie muß eine Zusammenführung aller Angriffsbereiche in bezug auf die Selbstorganisation des Stadtteils als einheitlicher Lebens- und Arbeitsraum der Bevölkerung geschehen. Dies geht nur über eine verbesserte zwischenmenschliche Kommunikation und Zusammenarbeit auf der Basis gemeinschaftlicher materieller Interessen u.ä. politischen Bewußtsein.

9. Die Form einer auf diese Weise an Klasseninteresse gebundene Selbstorganisation

im Stadtteilbereich muß sich selbst als Gegenorganisation zum herkömmlichen staatlich verwalteten und auf Konkurrenz der privaten Beziehung der Stadtteilbewohner beruhenden Organisationsweise verstehen. Gegenmodelle des Handelns und der zwischenmenschlichen Beziehung müssen deswegen nicht nur in den einzelnen Sektoren des Reproduktionsbereiches (andere Wohnform, neue Formen der Krankenversorgung, usw.) entwickelt und vor allem praktiziert werden, sondern es müssen auch demokratische Verwaltungsformen des gesamten Stadtteils, d.h. der Zuordnung der einzelnen Sektoren des Reproduktions- und Produktionsbereichs zu einer optimalen an den Interessen der werktätigen Bevölkerung orientierten Stadtplanung erprobt werden.

Dies erfordert spezifische Kampf- und Organisationsformen (z.B. Bürgerinitiativen, Hausbesetzungen, Stadtteilstreitigkeiten), die in ihren einzelnen Ausprägungen auf die besondere Situation des Stadtteils und den Bewußtseinsstand der Bevölkerung unter den speziellen Konkurrenzbedingungen im Wohnbereich richten müssen.

10. Das Verhältnis von innerparteilicher Gremienarbeit und außerparteilicher „Basisarbeit“ hat in diesem Kampf eine besondere Problematik:

Der Ortsverein ist zum einen die objektive Grundorganisation des politischen Lebens im Stadtteilbereich. Die Genossinnen und Genossen, die sich dort zusammenschließen, gehören schon zu dem engagierten und politisch interessierten Teil der Bevölkerung und sind als Bewohner des Stadtteils Träger einer Gegenorganisation auf Stadtteilebene.

Auf der anderen Seite ist der Ortsverein durch die Integration in den gesamten Parteiapparat und der meist eingefahrenen Organisationsform eher eine Behinderung für die Entfaltung einer wie oben angezeigten Stadtteilstrategie. Ist die örtliche SPD zusätzlich Regierungsfunktion, so kommen zusätzliche Erschwernisse und Behinderungen, da die Interessen der Parteimitglieder in ihrer Eigenschaft als Bewohner des Stadtteils oft den Vorstellungen der eigenen Parlamentarier erheblich widerspricht. Nimmt man als weitere Erwägung die zunehmende Integration der Gesamtpartei in das kapitalistische System und insbesondere auf kommunaler Ebene hinzu, so laufen die Konfliktfronten auch im Rahmen der Stadtteilarbeit quer durch die Parteiorganisation.

11. Das heißt, daß Stadtteilarbeit im Rahmen von Basis-Politik zum einen an der objektiven Funktion des Ortsvereines als unterste territoriale Organisation der ortsansässigen Bevölkerung in ihrer Produktions- und Reproduktionstätigkeit ansetzt, auf der anderen Seite aber gezwungen ist, die innerparteilichen Widerstände aus dem Weg zu räumen.

Hierbei ist die idealtypische Ergänzung von außerparteilicher Stadtteilarbeit und innerparteilicher Ortsvereinsarbeit nicht immer gegeben. Vielmehr werden beide Seiten der Doppelstrategie oft unverbunden und parallel nebeneinander verlaufen, wobei die Stadtteilarbeit als außerparteiliche Arbeit insofern Priorität haben muß, als das nur durch den konkreten politischen und ökonomischen Kampf im Stadtteil das Bewußtsein der Bevölkerung geändert wird. Die abstrakte Diskussion um diese Probleme innerhalb des Ortsvereins und seiner Versammlung und Schulung kann hierbei nur verstärkend wirken, nicht aber die Stadtteilarbeit ersetzen. Soll die Ortsvereinsarbeit und die Stadtteilarbeit auf Dauer in der Doppelstrategie verknüpft werden, so bedeutet dies eine völlige Umstrukturierung des Ortsvereins und seiner Arbeitsweise. Eine solche Umstrukturierung kann nicht von außen erzwungen werden, sondern sie wird vielmehr durch die konkrete Betroffenheit der Ortsvereinsmitglieder und ihres gemeinsamen Handelns, und zwar nicht in der Form der Resolution, sondern in der Form der Aktion erreicht.

12. Auf diese Weise werden die einzelnen Initiativen zu Lernfeldern für die Veränderung der materiellen Verhältnisse und in Zusammenhang damit der eigenen Verhaltensweisen der Stadtteilbewohner. Für solche Lernprozesse eignet sich der Stadtteil als übersichtliches und erfahrbares Umgebungsfeld besonders gut. Selbstorganisierte Lernbeziehungen lassen sich hier am besten und am tragfähigsten verwirklichen. Hierin liegt gleichzeitig auch die schon vorher angezeigte Begrenzung der Stadtteilarbeit, denn viele Ursachen für die auf Stadtteilebene auftretenden Probleme und der daran vorstatten gehende Bewußtseinsveränderungsprozesse liegen außerhalb des Stadtteilbereichs. Deswegen muß die Organisierung dieser einzelnen und dezentralen Lernfelder zu einer umfassenden regionalen oder auf gesamtstaatlicher Ebene funktionierenden Gegenstrategie Aufgabe der gesamten politischen Basisorganisation im Rahmen der sozialdemokratischen Partei sein. Diese Umsetzungs- und Verbindungsfunktion muß insbesondere im Rahmen der Ortsvereinsarbeit, und zwar in der Form der allgemeinen Veränderung der Gesamtpartei, geleistet werden.

13. Hierbei ist insbesondere zu beachten, daß der Einfluß der Partei auf die jeweilige Ebene der staatlichen Organisation sowohl auf kommunaler, regionaler, auch auf bundespolitischer Ebene nicht beliebig unter dem Stichwort der Demokratisierung erweiterbar ist. Vielmehr wird die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Klasseninteressen in die staatlichen Institutionen, besonders auf kommunaler Ebene, hineingetragen. Von daher

sind zwar fortschrittliche Teile der kommunalen und auch regionalen staatlichen Organisation (fortschrittliche Sozialarbeiter, Dezernenten, Stadtplaner usw.) in die Gegenstrategie miteinbezogen, ihr zentraler Kern muß jedoch die kommunale und regionale Organisation der Lohnabhängigen selbst sein. Von hier aus müssen die partiell möglichen „Breschen“ in die staatliche Planungsorganisation gesteuert, koordiniert und zu einer einheitlichen Gegenstrategie entwickelt werden.

14. Ein besonders schwieriges organisatorisches Problem ist im Rahmen der Stadtteilarbeitsstrategie die Verbindung zur traditionellen Organisationsform im Produktionsbereich, der Gewerkschaft. Ihr bisheriges Desinteresse an Stadtteilinitiativen und Bewegungen im Reproduktionsbereich ist Ausdruck der Trennung zwischen Produktions- und Reproduktionsbereich. Jedoch gibt es hier mögliche Ansätze zur Verbindung zwischen der Organisation im Produktions- und Reproduktionsbereich, zwischen Stadtteilarbeit, Ortsvereinsarbeit und Gewerkschaftsstrategie:

- a) Da die territoriale Organisation der Produktion und ihrer einzelnen Zweige sowie die Standortfindung der einzelnen Betriebe immer stärkere Auswirkungen auf die Produktion selbst als auch auf die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen außerhalb der Produktion hat, ist die Gewerkschaft immer stärker dazu gezwungen, sich auch um den Reproduktionsbereich und die räumliche Organisation der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder zu kümmern.
- b) Viele in der Stadtteilarbeit aktiven Bewohner sind sowohl Mitglied der SPD als auch der Gewerkschaft und vereinen sozusagen eine gemeinschaftliche Strategie in ihrer Person.
- c) Die Gewerkschaften sind zusätzlich zum Sektoralprinzip ihrer Betriebe auch nach dem Wohnprinzip in Stadtteilgruppen organisiert. Im Rahmen der in a) aufgezeigten Entwicklung der Gewerkschaftsstrategie werden sie in Verbindung mit den Parteiorganisationen auf Stadtteilebene neue Bedeutung gewinnen.

15. Mit in eine Organisationsstrategie einzubeziehen sind ebenso die örtlichen Mietervereine, Verbraucherorganisationen und sonstigen Organisationen im Reproduktionsbereich. Sie sind jedoch zum großen Teil sehr stark in das herrschende System integriert und in ihrer Mobilisierungsmöglichkeit und Schlagkraft ausgesprochen schwach. Wichtiger ist der Einbezug schon bestehender örtlicher Initiativen. Sie sind, soweit sie vom Bewußtsein her und von ihren materiellen Interessen klassenpolitisch fortschrittlich orientiert sind, die eigentlichen „Kader“ der Stadtteilarbeit.